
1230/J XXII. GP

Eingelangt am 04.12.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend Übersiedlung des Handelsgerichts Wien, Bezirksgerichts für Handelssachen Wien und Bezirksgerichts Innere Stadt Wien in den City-Tower

Wiederholt wurde die Übersiedlung der oben genannten Gerichte in den City-Tower mit günstigen Mietkosten und günstiger Erreichbarkeit gerechtfertigt. Nach neuesten Gegenüberstellungen erweist sich die vorgetragene Kritik als berechtigt, denn:

Die Republik mietete vom Betreiber 14.700 m² Büroflächen, 3.800 m² Lagerflächen. Dazu gehören 8.080 m² Verkehrs- und Versorgungsflächen.

Gesamtmiete: 335.868 € (netto) monatlich

Betriebskosten: rd 88.700 € monatlich

Die Gesamtbelastung: netto 424.568 €

Dagegen waren für Riemergasse 4 und 7 (10.756 m² Büroflächen und 6.167 m² sonstige Flächen) zu entrichten:

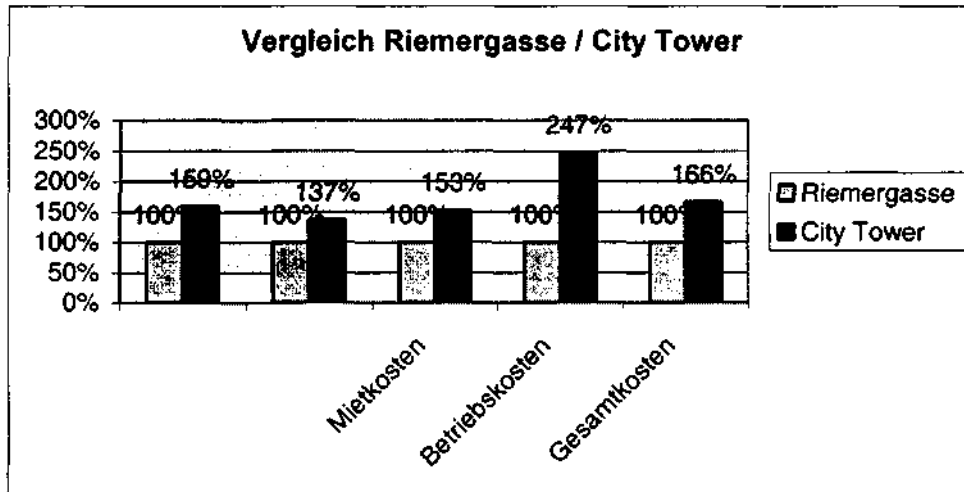
Gesamtmiete: rd 220.000 €

Betriebskosten: rd. 35.900 €

Die Gesamtbelastung: 255.000 €

Für die Riemergasse war daher ein durchschnittlicher m² Preis von 13 € und 2,2 € Betriebskosten, für den City Tower von 12,64 € und 3,34 € Betriebskosten fällig.

Beim City Tower ist der Anteil an billigeren Verkehrsflächen und Lagerflächen größer ist als bei der Riemergasse.



Wegen spezieller baulicher Gegebenheiten erweist sich das Objekt Riemergasse als äußerst schwer vermittelbar. Außerdem wurden 13 Mio Euro in die Modernisierung des Objekts investiert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Erscheint Ihnen im Sinne der Sparsamkeit des Bundeshaushalts diese Kostenexplosion als gerechtfertigt?
2. Wie beurteilen Sie den Verlust an Mieteinnahmen durch die BIG wegen der Leerstände in der Riemergasse?
3. Welche Schritte gedenken Sie in Hinkunft zu unternehmen, um derartige Ausmietungen zu vermeiden?